



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0386890

P/XVI/15 - 18. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 Krone antwortete nicht 48
"Thronfolge" Adenauers bleibt ungeklärt

2 - 3 Haushaltssorgen 76
Von H.G. Ritzel, MdB,
Mitglied des Haushaltsausschusses

4 Ein Kampfgelährte Ernst Reuters 55
Zum Tode von Gustav Klingelhöfer
Von Kurt Mattick, MdB

5 - 6 Athen meldet sowjetische Eisstürme 62
Unerwarteter politischer Stimmungswechsel Moskaus
Von Dr. Basil Mathiopoulos

* * *
* *

Krone antwortete nicht

sp - Dr. Heinrich Krone, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, ist sicherlich ein ehrenwerter Mann. Wenn er etwas sagt, dann meint er es auch so. Er sollte jedoch bedenken, dass ihm bisher in seiner Partei und Fraktion - das ist ohne jede Böswilligkeit festgestellt, denn die Formulierung stammt von der CDU selbst - die Rolle des Uhu-Männleins gut bekommen ist, er eignet sich aber sehr schlecht dazu, den homerischen Helden zu spielen, der seinem Gegner vor dem Kampf durch den Gebrauch von starken Worten Angst einjagen will.

Wenn die SPD sich mit Nachfolgefragen in der CDU, nicht in der Regierung, beschäftigt, dann hat sie vor einem Gespann Adenauer-Erhard keine panische Angst, - wer fürchtet sich schon vor dem schwarzen Kanne? - sondern dann geht es ihr um den Wahrheitsgehalt in der deutschen Politik.

Die SPD hat der CDU gestern eine Reihe von Fragen gestellt. Dr. Krone glaubte, diese Fragen vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gleich beantworten zu müssen, und er hat den Beifall seiner Fraktion gefunden, als er verlausuliert zu verstehen gab, für die CDU sei Erhard der präsumtive Nachfolger Dr. Adenauers.

Aussage von Dr. Krone und Beifall der CDU/CSU-Fraktion sind jedoch ein politisches Muster ohne Wert. Die CDU/CSU-Fraktion hat schon oft Personalentscheidungen getroffen, sie hat vor Wut gekocht, sie hat dröhnend verkündet, dass es mit Dr. Adenauer nicht mehr so weiter gehe, und sie hat wenige Stunden später auf dem Bauche gelegen und von der festen Männlichkeit tlich nichts mehr übrig. Wenn sie es wünscht, dann kann sie in allen Details daran erinnert werden, welche Rolle sie bei dem Tauziehen bei der Nominierung des Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten spielte.

Deshalb ist der "einmütige Beifall" der CDU/CSU-Fraktion problematisch.

Im Übrigen macht sich es Dr. Krone ein wenig zu leicht, wenn er Erklärungen der SPD, Dr. Adenauer habe Herrn Erhard ständig politisch abgewertet, als "Verleumdung" zurückweist. Dr. Krone weiss selber genau, wie wenig richtig eine solche Zurückweisung ist. Es ist nun einmal bekannt, dass Dr. Adenauer von Herrn Erhard festgestellt hat, dass er nichts von der Politik versteht und Dr. Adenauer hat sich bisher wohlweislich geschützt, diese aktenkundige Äusserung zu dementieren. Eine einfache Verleumdungserklärung von Dr. Krone schafft das nicht aus der Welt. Ausserdem hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion die gestellten Fragen nicht beantwortet.

1. Stimmt es, dass Dr. Adenauer zwar 1961 noch kandidieren und im Falle eines Wahlerfolges das Amt des Bundeskanzlers zwar antreten, aber 1963 einen Übergangskanzler Erhard Platz machen will?
2. Soll Heinrich von Brentano sogenannter Europaminister werden, um Franz-Josef Strauss das Aussenministerium freizumachen, das dieser als Sprungbrett in das Bundeskanzleramt benutzen will?
3. Wird Erhard im Wahlkampf tatsächlich als Nachfolgekandidat für das Bundeskanzleramt vorgestellt, oder will man nur Täuschungsmanöver vollführen?

Die CDU/CSU wird antworten müssen, wobei sie allerdings die Rechnung ohne den Wirt macht, denn die Sozialdemokratie ist gewillt und entschlossen, alles zu tun, um so stark zu werden, dass sie bei der Nominierung des Kanzlers ein entscheidendes Wort zu sprechen hat.

Haushaltssorgen

Von H.G. Ritzel, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses

Die Beratungen über den Entwurf des Haushaltsplanes 1961 sind im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages im vollen Gang. In gründlicher Arbeit erörtert der Ausschuss Posten um Posten der Einzelpläne, die die Ansätze für Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat, die einzelnen Ministerien und die Bundesämter enthalten. So rasch auch die Beratungen bis jetzt durchgeführt wurden, so erfordern sie angesichts der wenigen Sitzungstage, die dem Haushaltsausschuss zur Verfügung stehen, noch angestrengte disziplinierte Arbeit. Der gute Wille hierzu ist auf allen Seiten des Haushaltsausschusses vorhanden. Die grösste Sorge wird am Schluss der Beratungen der Ausgleich der Endsummen in Einnahme und Ausgabe bereiten.

Als der Finanzminister im Sommer 1960 den Haushaltsplan im Plenum des Bundestages begründete, klang ein gewisser Stolz darüber durch, dass es gelungen war, die Abschlußsumme knapp unter 45 Milliarden DM zu halten. Wie von Anfang an zu befruchten war, gelang dieses Kunststück nicht nur dank der Tatsache, dass der Finanzminister in heissem Bemühen höhere Ansätze der einzelnen Ministerien zusammenstrich, sondern auch durch Unterlassung von Ansätzen, die voraussehbar gewesen waren. Diese Ansätze kommen nun in reicher Fülle auf den Haushaltsausschuss zu. Es besteht die begründete Befürchtung, dass die Nachforderungen, die sich aus Regierungserklärungen ergeben, trotz grösster Sparsamkeit des Haushaltsausschusses eine Steigerung der Endsumme des Haushalts auf mehr als 48 Milliarden DM bringen werden. Eievon sind einige Ansätze nicht voraussehbar gewesen, andere Ansätze aber hätten vorausgesehen werden können und wären pflichtgemäß im Entwurf des Haushaltsplans von der Regierung zu berücksichtigen gewesen. Dann aber hätte der Finanzminister nicht auf einen Abschluss von 45 Milliarden DM hinweisen können. Umso peinlicher ist die Überraschung, die mit der Steigerung der Endsumme auf den Haushaltsausschuss zukommt. Zunächst kommen 118 Millionen DM für Erhöhung der Bewilligungen für den Wohnungsbauplan, insbesondere für den SBZ-Wohnungsbau hinzu, um 150 Millionen DM erhöht sich auf Grund der Regierungsvorlage die Leistungen durch eine Novelle zum 131er-Gesetz, ca. 600 Millionen DM machen die Gehaltserhöhungen ab 1. Januar 1961 aus. Die längst voraussehbare Verzinsung der Ausgleichsforderungen der Länder verursachen

eine Mehrausgabe von 120 Millionen DM. Die neu entstandenen selbständigen Länder in Afrika verursachen höhere Kosten infolge der Errichtung diplomatischer Vertretungen der Bundesrepublik in diesen Ländern. Hierdurch wurden die Ansätze im Haushalt des Außenministers um 30 Mio. DM erhöht. Die Berlinhilfe verlangt 250 Mio DM mehr und für die Entwicklungshilfe werden 2050 Mio. DM eingestellt.

Das schon erwähnte große Problem ist die Herstellung des erforderlichen Ausgleichs, mit anderen Worten die Deckungsfrage. Es ist durchaus vertretbar auf Grund der bisherigen Erfahrungen, mit einer höheren Steuereinnahme zu rechnen. Optimisten erwarten über den vorhandenen Ansatz 1,5 Milliarden DM an Steuermehreinnahmen. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass im Rahmen der Entwicklungshilfe für neu entstandene Länder in Asien und Afrika und für als Entwicklungsländer anerkannte ältere Staaten eine von der Industrie zu erheblichen Teilen gezeichnete Anleihe hinzukommt, kommen Mehrlasten in einem Ausmass auf den Bund zu, die Zweifel an der normalen Deckungsmöglichkeit begründet erscheinen lassen. Daraus entsteht, wenn sich in letzter Stunde nicht noch ein Ausweg zeigt, die Notwendigkeit, den Anleihenweg zu beschreiten.

Diese Überlegungen beruhen bis jetzt nicht lediglich auf Anforderungen der Regierung, die dem Parlament irgendwie amtlich bekanntgeworden sind, dazu kommen aber noch Ankündigungen, die offiziell noch keine Gestalt angenommen haben. Hierunter fällt vor allem die Mitteilung, dass das Bundeskabinett weitere Mittel über den bisherigen Rahmen des Grünen Plans hinaus für die Landwirtschaft als notwendig bezeichnet hat. Die scharfen, zum Teil verletzenden Formulierungen des Deutschen Bauernverbandes haben damit wenige Monate vor der Bundestagswahl einen Erfolg zu verzeichnen. Man möchte nur wünschen, dass dieser Erfolg den zum Teil wirklich notleidenden kleinbäuerlichen Familienbetrieben und nicht jenen grösseren Betrieben zugute kommt, die es bei weitem nicht so nötig haben Unterstützungen entgegenzunehmen, als gerade die kleinbäuerlichen Betriebe.

Weiter kommen hinzu ca 370 bis 390 Mio. DM für Kinderbeihilfe für das zweite Kind und einiges anderes. Wenn sich die Endsumme nicht noch weiter entscheidend erhöhen soll, wird der Deutsche Bundestag selbst sehr zurückhaltend sein müssen. Im ganzen gesehen bestätigt sich die seit Jahren ausgesprochene Befürchtung, dass der Bundeshaushalt nicht ein Haushalt am Rande des Defizits ist, sondern dass er bereits defizitär ist.

Die Bundesregierung hat diesen Zustand herbeigeführt ohne den Mut aufzubringen, rechtzeitig durch eine die großen Einkommen und Vermögen belastende Steuerreform den Weg ins Freie zu öffnen. + + +

Ein Kampfgefährte Ernst Reuters

Von Kurt Mattick, MdB

Der ehemalige Berliner Stadt- und spätere Bundestagsabgeordnete Gustav Klingelhöfer ist am 16. Januar 1961 im 73. Lebensjahr nach schwerer Krankheit verstorben.

Seine Wiege stand in Elsass-Lothringen. Als viertes von acht Kindern musste er sich sein Studium schwer erarbeiten. Gustav Klingelhöfer fand früh zur damals jungen Arbeiterbewegung. So stand er 1918, am Ende des Ersten Weltkrieges, als persönlicher Mitarbeiter an der Seite von Kurt Eisler beim ersten Versuch einer gesellschaftlichen Neugestaltung. Eine mehrjährige Festungshaft gehörte zu den ersten bitteren Lehren, die er zu ziehen hatte.

Durch die Jahre der Hitler-Herrschaft hat sich Gustav Klingelhöfer kompromisslos durchgeschlagen.

1945 war er einer der Ersten, der in Berlin die Neuorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Angriff nahm. Als Sekretär des Zentralaussschusses, zunächst an der Seite von Otto Grotewohl, kannte er in dem entscheidenden Moment Kapitulation, was Kapitulation war. Als einige Sozialdemokraten aus der Kommission der "Sechzig", die die Zwangsvereinigung vorzubereiten hatte, sich um die Wahrheit herumogeln wollten, brach er aus dem goldener Käfig aus und nannte die Dinge beim Namen. Gustav Klingelhöfer gehörte in die Gruppe derer, die von vornherein die Machtansprüche Ulbrichts und der Sowjetpolitik richtig eingeschätzt haben.

Ein unvergessliches Verdienst erwarb sich Klingelhöfer als erster Stadtrat für Wirtschaft nach den Wahlen 1946. Es ist sicher nicht zu viel gesagt, wenn man ihm den entscheidenden Beitrag bei der Einführung der Westmark für Berlin zuspricht. Als Stadtrat für Wirtschaft kämpfte er an der Seite Ernst Reuters mit zäher Verbissenheit gegen manche Pläne der Alliierten und manche Träume der Koalitionspartner für den Anschluss Berlins an das westdeutsche Wirtschaftsgebiet. Der Aufbau der Berliner Wirtschaft trägt am Anfang seinen Namen. In erster Linie galt Klingelhöfers Bemühen der Berlin-Hilfe und ein besonderes Anliegen war ihm bis zuletzt die Hilfe an die entwicklungsfähigen Länder. Aber die Freunde, die ihn am Sonnabend zur letzten Ruhe betten, werden vor allem daran denken, dass mit ihm ein herzenguter Mensch, ein vorbildlicher Ehegatte und ein Freund dahingeht, der wusste, dass Freundschaft verpflichtet.

Athen meldet sowjetische Eisstürme

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Mit einer gewissen Überraschung hat man in Athen die jüngsten Äusserungen der sowjetischen Politik gegenüber Griechenland registriert. Mit Überraschung deshalb, weil man seit langem durch die Offensive des Lächelns verwöhnt war. So unberechenbar die sowjetische Dialektik an sich ist, im Augenblick lag eine anti-thetische Kursänderung nicht in der Luft. Nach dem Besuch des Moskauer Patriarchen Alexej in Athen vom 16. bis 29. Dezember vergangenen Jahres hatte man als Facit eine positive Auswirkung auf den politischen Sektor erwartet. Statt dessen erschienen Anfang Januar im offiziellen Organ des sowjetischen Verteidigungsministeriums "Roter Stern" und in der Gewerkschaftszeitung "Trud" zwei Artikel, die in tendenziöser Weise eine Analyse der griechischen Innen- und Aussenpolitik boten. Unter anderem behaupten die Verfasser in polemischer Form, daß Griechenland sich als Sprachrohr einer antisowjetischen Propaganda aufspiele und die Normalisierung der griechisch-sowjetischen Beziehungen boykottiere. Griechenland habe sich zu einem "Nuklearen Brückenkopf der NATO" entwickelt. Daraus resultiere eine gesteigerte Gefahr für eine kriegerische Provokation von griechischen Territorium gegenüber den benachbarten sozialistischen Staaten.

In ihrer innenpolitischen Analyse unterstreichen beide Artikel die Notwendigkeit einer Erneuerung der politischen Verhältnisse, aber nicht aus philanthropistischen Anwandlungen, denn einsetzen müsse diese Neugestaltung mit einer Generalamnestie aller politischen Häftlinge und mit der gesetzlichen Rehabilitierung der KP Griechenlands.

Diese plötzliche Änderung in der sowjetischen Haltung gegenüber Griechenland blieb nicht auf die Druckerschwärze isoliert. Während der sowjetische Aussenminister Gromyko die Bundesrepublik als den

"militärischen Schutzherrn" der Griechen bezeichnete, vielleicht um hier einen Keil zu treiben, nahm die einseitige Abkühlung konkrete Formen an. Der vor einigen Monaten angekündigte Besuch des sowjetischen Ministers für Außenhandel Pctolitschew, der einen ausgedehnteren Import griechischer Landwirtschaftsprodukte nach der Sowjetunion mit der Athener Regierung klären sollte, wurde nun mit keinem Ton mehr erwähnt. Vergeblich wartete man auch auf das Eintreffen der angesagten Handelsdelegation unter Leitung von Winogradow. Und so lief am 31. Dezember der auf Jahresfrist abgeschlossene bilaterale Handelsvertrag zwischen beiden Ländern ab, ohne daß sich eine Analogie zu den gleichzeitigen Bonner Ereignissen einstellte.

Der plötzliche Klimawechsel um die Jahreswende war selbst für die in die Geheimnisse der sowjetischen Winkelzüge Eingeweihten insofern schockierend, als der sowjetische Botschafter in Athen Sergejew, der sich seit 1953 stets als feinnerviger Diplomat erwies, vor Antritt seines Jahresurlaubs bei einem Zusammentreffen mit dem griechischen Aussenminister Averoff sich nur von der besten Seite zeigte.

Eine klare Kristallisierung der neuen Phase in den griechisch-sowjetischen Beziehungen muss abgewartet werden. Diplomatische Beobachter in Athen sind jedoch der Meinung, daß an der neuen "härteren" Haltung des Kremis vielleicht der Auftakt der bisher streng geheim gehaltenen künftigen Taktik gegenüber dem Westen, wie sie auf der Gipfelkonferenz der kommunistischen Parteiführer im November festgelegt wurde, aufklingt. Sollte sich dies als richtig erweisen, dann taucht in den sowjetischen Äusserungen die gegenläufige Parallele zu dem "weichen" Kurs auf, den Moskau - im Gegensatz zu dem sich versteifenden Peking - neuerdings gegenüber dem Einzelgänger Tito einschlägt.

Von offizieller griechischer Seite wurde bisher keine Stellungnahme zu den jüngsten Ereignissen veröffentlicht. Die Presse kommentiert im allgemeinen sehr zurückhaltend, ohne die sowjetische Tonart zu imitieren.

+ + +